

GOTTFRIED WAGNER

Vom Dilemma der (außen-)kulturpolitischen Keuschheit: Zwischen Autonomie und Interessen¹

*Nachbetrachtung zum 9. Kulturpolitischen Bundeskongress
2017 »Welt.Kultur.Politik. Kulturpolitik und Globalisierung«*

*In diesem Diskussionspapier soll die Frage gestellt werden, ob die vorzügliche deutsche Außenkulturpolitik es über ihrem Credo der Autonomie der kulturellen Akteur*innen, für das nicht zuletzt das Goethe-Institut steht, verabsäumt hat, die dahinterliegende Interessenslage des Staates (als Geldgeber) und der Gesellschaft neu zu bestimmen und offen zu diskutieren. Diese Debatte kann angesichts globaler Krisen und der Interessen des »globalen Nordens« bitter nötig werden, zumal im Kontext der Europäischen Union und der Rolle Deutschlands und anderer EU-Mitgliedsstaaten.*

Deutsche Außenkulturpolitik genießt einen guten Ruf. Sie ist europäischer als die vieler Partner und Mitbewerber. Das *Goethe-Institut* (GI) hat sich innen- und außenpolitisch unverzichtbar gemacht als Speerspitze des Friedens, der Völkerverständigung und der künstlerischen Autonomie als Gegenentwurf zum totalitären Erbe. Das kleinere Schwesterinstitut *Institut für Auslandsbeziehungen* (ifa) profiliert sich europäisch. Und wenn diese beiden mit der kompakten Majorität bewährter lokaler und regionaler Kulturpolitiker*innen über »Innen und Außen« nachdenken, über Welt/Kultur/Politik, gut abgefedert im bewährten *compromesso storico* (tedesco), den die *Kulturpolitische Gesellschaft* verkörpert, kann ein Hochamt beginnen, ein protestantisches in gewissem Sinn, denn der Veranstaltungspartner, die *Bundeszentrale für politische Bildung*, steuert verlässlich den *basso continuo* der reflexiven Kritik bei.

1 Grundlage dieses Beitrages ist der am 16. Juni 2017 auf dem 9. Kulturpolitischen Bundeskongress »Welt.Kultur.Politik. Kulturpolitik und Globalisierung« gehaltene Vortrag im Forum 5 »Die Rolle der Kultur in der Außenpolitik der EU«.

Im Ernst. Deutschland hat seine historischen Hausaufgaben mehr als gut erfüllt; Vergangenheitsbewältigung und aktive Gedenkkultur bilden seit mehr als einem halben Jahrhundert den verlässlichen Referenzrahmen auch für *semi-governmentale* Außenkulturpolitik. Viele Kulturinstitute in Europa beneiden die deutschen Partner*innen für ihr quantitatives und qualitatives Gewicht auf der außenkulturpolitischen Waagschale. Kritisch und loyal, frei und verantwortungsbewusst steuern die tausenden deutschen *Mittler* auf der ganzen Welt Begegnung, Austausch, Kooperation und Ko-Kreation im Geist des Zuhörens, Lernens von den anderen, einer großen Skepsis gegenüber bloßer Repräsentation und schierem *showcasing*. Neidvoll attestiert mancher aus den anderen europäischen *Instituten* die große Unabhängigkeit vom staatlichen Auftraggeber und von den offiziellen diplomatischen Vertretungen jeweils vor Ort. Sie preisen *das Goethe* – und die lokalen Kulturschaffenden – für die Nachhaltigkeit der *Investitionen*. Die kluge Auswahl von Schlüsselpersonal garantiert hohe intellektuelle Ansprüche, Differenziertheit und eine stupende Fähigkeit zum *scouting* nebst dem Mut, die *Besten* auch dann – und dann erst recht – zu unterstützen, wenn es heikel werden könnte. Demokratische Auslandskulturpolitik vom Feinsten – als Dividende der dunklen Kapitel deutscher Geschichte.

Wohl nicht zufällig hat diese Sonderrolle in den jüngsten Jahren noch an Gewicht gewonnen. Das *Goethe-Institut* und das *Institut für Auslandsbeziehungen* spielen im Prozess der Europäisierung eine wichtige Rolle, zum Beispiel im Rahmen von Zusammenschlüssen wie *EUNIC* (*European Union National Institutes of Culture*) oder *MORE EUROPE* (ein kleiner, beweglicher *public-private actor*). Das *GI* hat seine Repräsentanz in Brüssel schon vor Jahren ausgebaut und bewirbt sich seit einigen Jahren auch um europäische Dienstleistungsaufträge und um Gehör bei den europäischen Institutionen. *Lobbying*, feiner (und richtiger) *advocacy* genannt, hat – gestützt auf Bündnisse mit anderen Kulturinstituten und zivilgesellschaftlichen Partner*innen wie Stiftungen – entscheidende Fortschritte im *Europäischen Parlament*, der *Kommission*, dem *Auswärtigen Dienst* unter Mogherini und zuletzt im Rat erreicht auf dem Weg zu einem *strategic approach* für Kultur als Teil der globalen Strategie der *EU*.

Das *ifa* publiziert die Jahrbücher von *EUNIC* und koordiniert einiges an Nachdenken auf diesem Feld; *Goethe* hat international die Nase vorn, wenn es um *leadership* geht, indirekt, aber effektiv, zum Beispiel über *More Europe*, und ausreichend – und kritisch – präsent, wo es um größere, aber auch wesentlich langsamere Strukturen (*EUNIC*) geht. Gemeinsam mit dem *British Council* gab es lange Zeit moderat den Ton im wachsenden Diskurs an, nie ohne immer wieder in Erinnerung zu rufen, dass Autonomie und Unabhängigkeit vom Subventionsgeber über alles wichtig ist in der Kulturarbeit.

Der Brötchengeber, das *Auswärtige Amt*, hat in den letzten Jahren *Goethes* Budget immer wieder verteidigt und/oder erhöht, ganz gegen den europäischen Trend. Expansion liegt in der Luft, auch die Rückbindung der Auslandsarbeit an die realen politischen Verschiebungen und Debatten im Mutterland, etwa im Gefolge

der Flüchtlingsbewegungen und der Migration im Allgemeinen. So verwunderte es auch nicht, dass der Kulturpolitische Bundeskongress 2017, unter Mitwirkung von *GI* und *ifa*, dem Verhältnis von Innen und Außen gewidmet war. Es war folgerichtig, dass einer der größten Förderer von *Goethe*, mittlerweile Bundespräsident, Frank-Walter Steinmeier, zur Eröffnung einen Empfang gab, und dass der Außenminister Sigmar Gabriel, der Konferenz seine Aufwartung machte und eine Grundsatzzrede hielt. Die Presse versäumte auch nicht anzumerken, dass damit Kulturpolitik (in dieser globalen Dimension) wieder im Herzen der Politik angekommen sei.

Der Kontext ist überdeutlich. US-Amerika macht große Sorgen, Trump verhilft der Kanzlerin zu Munition (nicht nur im Wahlkampf), sondern inspiriert sie und andere Verantwortliche, über das Ende des Sich-auf-die USA-Verlassen-Könnens nachzudenken. Risiken lauern überall, von der Südspitze der arabischen Halbinsel über Katar und Saudi-Arabien bis zum Mittleren Osten, von Syrien, dem Irak, der Türkei bis zum Iran. *Nota bene*: Russland gibt Rätsel auf; China schickt sich an, das Vakuum noch entschiedener zu füllen. Europa schwankt noch, auf Binnengewässern wie auf hoher See, manchmal wie ein leckes Schiff. Die Küsten Britanniens sind unsicher geworden als fester Landeplatz. Flüchtlingskrisen, wie es heißt, verschärfen die populistische und auch nicht-populistische Auseinandersetzung mit der Globalisierung. Die Legitimation von Europa und der Demokratien scheint abzunehmen.

Deutschland, Bundeskanzlerin Merkel im Besonderen, werden Erwartungen entgegengebracht, die zwischen demokratischer trans-nationaler *leadership* und hegemonialen Rettungs- (aber auch Zerstörungs-)Phantasien oszillieren, neuerdings und mit Macron wieder stärker mit Frankreich im Bunde, unterwegs zu einem reformierten Europa.

Thesen zur Fundierung der Auswärtigen Kulturpolitik

Soweit so bekannt. Hier soll nun zur Diskussion gestellt werden, ob dabei Fragen von Bedeutung tabuisiert werden. Nach Ansicht des Autors sind sie auch auf dem Kongress nur hin und wieder aufgeblitzt, aber nicht wirklich bearbeitet worden, vielleicht weil sie an Unangenehmes rühren: Fragen nach dem Gewicht von dahinterliegenden Interessen und der Verschiebung von Interessen, denen eine seriöse öffentliche Debatte um Auslandskulturpolitik auch im Sinne des Ethos etwa des *Goethe-Instituts* – in Europa – gut täte. Es handelt sich dabei aber keineswegs nur um eine Herausforderung für Deutschland.

Die nachstehenden Thesen sollen anregen und in der Absicht provozieren, Kulturaußenpolitik (national und europäisch) besser zu fundieren jenseits von guter Praxis, Absichtserklärungen oder gar Mantras.

These I – Die Rede von der Autonomie der Auswärtigen Kulturarbeit kann Interessenpolitik verschleiern.

These II – Die Rolle *Deutschlands* in Europa/international ist – entgegen kulturellem Selbstverständnis – durchaus konfliktreich.

These III – (Auswärtige) Kulturpolitik muss die *imperiale* Lebensweise im *globalen Norden* thematisieren.

These IV – Die Rede von der Europäisierung Auswärtiger Kulturpolitik liegt zwischen Halbherzigkeit und dem *aufgeklärten* Standpunkt des nationalen Interesses.

Die Rede von der Autonomie der Auswärtigen Kulturarbeit kann Interessenspolitik verschleiern

Kulturelle Außenpolitik war immer auch instrumentell, diente den Interessen von Herrscher*innen, Herrscherhäusern, Städten, Ländern, von führenden ideologischen Kreisen, religiös oder wirtschaftlich oder sonst wie geprägt. Die Literatur ist voll von Beispielen von *Geschenken*, die Beziehungen befördern sollten, von Demonstrationen von Macht, Reichtum und Einfluss im symbolischen Bereich, von ideologischer Überzeugungsarbeit, der Verbreitung von förderlichen Ideen, der Ablenkung von scharfen Interessenskonflikten et cetera. Auch demokratische Staaten befinden sich im Wettbewerb um Positionen und Güter, Rohstoffe und Meinungen, und kulturelles *Kapital* spielt eine manchmal bedeutende Rolle, atmosphärisch, aber auch direkter. Denken wir nur an das Attraktionspotential für Intelligenz und Kreativität für den eigenen *Markt*. In geopolitisch angespannten Phasen wie im Kalten Krieg war man nicht weit von einem ideologischen Stellvertreterkrieg um *das bessere Modell* entfernt.

Nun ist nichts, was mit Kunst und Kultur zu tun hat, und wo Menschen mit Bildung am Werk sind, so schlicht, einfach und linear. Die Widersprüchlichkeit äußert sich in Selbstreflexion und Selbstkritik, in aufgeklärten kosmopolitischen Positionen, ja auch in Opposition zum eigenen Hinterland und seinen expliziten oder impliziten Gesetzestafeln. Im Schoß von interessensgeleiteter Kulturpolitik und vor allem Praxis ereignen sich Kolonialismuskritik und Kritik an hegemonialen Strukturen und Diskursen; ja, Seiten werden gewechselt und plötzlich bilden sich Allianzen gegen die jeweils machtvollen Positionen hier wie dort. Kunst ist nachgerade Ausdruck von Freiheits- und Wahrheitssuche und hat das Zeug, (politische) *Kulturen* zu verändern.

Dennoch, wie kurz oder lang der Arm der staatlichen Verwaltung auch sein mag (*at arms' length*), der Geldgeber erwartet unausgesprochen oder deutlich, meist in einer Mischung aus beidem, das Einhalten und Befördern von gewissen Grundprinzipien, die im (angeblichen oder tatsächlichen) Interesse des *Staates* oder der *Gesellschaft* liegen. Die Sozialisation hoher Beamte*innen oder Manager*innen führt auch dazu, dass Grundarrangements dieser Art in der Regel nicht substantiell thematisiert oder angezweifelt werden.

Mehr noch, und auch da zeigt sich wieder ein Paradoxon von kulturellem Handeln, Eliten (v. a. in Demokratien) neigen dazu, nicht nur einen Grundkanon an Werten zu teilen und zu *verteidigen*, sondern auch, sich an der Formulierung, der Weiterentwicklung und auch der Kritik an den Grundannahmen zu beteiligen. Mit Stolz verpflichten sich Eliten in den allermeisten Ländern der *EU* dem

Wertesystem, das sich aus der Erklärung der Menschenrechte, der Grundrechtsharta, den demokratischen Verfassungen et cetera ergibt. Das gilt auch für einen weiten Kanon an kulturpolitischen Grundannahmen, und dazu zählt, dass der Staat den Rahmen vorgeben und sichern, aber sich in die konkrete Arbeit möglichst wenig einmischen soll: *at arms' length*.

Dennoch: gerade kritische Bürger mit hoher Affinität zu Kunst und Wissenschaft, gerade die *Intelligentsia* weiß, dass sich nicht selten Abgründe auftun, wenn man sich die ökonomische, sicherheitspolitische, militärische, interessenstrategische Realität anschaut, die Tiefenstruktur von Interessen, die Verflechtungen der *deep economy*.

Deutschlands *Goethe-Institut*, um es zu vereinfachen, hat nach den Verheerungen des Nationalsozialismus bis heute eine klare DNA: Das (damals) neue Deutschland, das demokratische und selbstreflexive Deutschland, das sich dem Erbe wie der Zukunft stellt, zu verkörpern und mit aller Kraft in Kunst, Kultur, Wissenschaft und Spracharbeit auf Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit, Recht, Respekt, Kooperation, Gemeinsamkeit hinarbeiten. Das hat das *Goethe-Institut*, wie andere in Deutschland, sehr gut gemacht. Es hat zum Image-Wandel erstaunlich viel beigetragen, aber eben nicht nur. Die Kulturmittler haben die politische Kultur (positiv) mitgestaltet, geprägt, im Inneren wie im Äußeren, mit hoher öffentlicher Aufmerksamkeit und Unterstützung. (Es bliebe zu prüfen, ob ein solcher Grundkonsens und eine solche vergleichbare Leistung etwa in der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus, dem Empire, dem eigenen Rassismus in der Arbeit etwa der britischen und französischen Partnerinstitute gelungen ist.)

Worauf es mir hier aber ankommt: Es gibt wohl kein besseres *Hitzeschild* gegen die Wahrnehmung von und gegen die Auseinandersetzung mit den realen Interessen des *deep state* und der *deep economy* jenseits von *Kulturarbeit* wie der ständige implizite und explizite Bezug auf den Nachkriegs-Gründungs-Mythos, wenn denn das Wort hier aus provokativen Gründen erlaubt wäre. So *gerecht* ist der *Gerechte*, so *durchgearbeitet* (im Freud'schen Sinne), dass jeder Vorwurf der Interessensvergessenheit abprallt.

Oder doch nicht?

Ganz klar scheint, dass die Rolle Deutschlands, insbesondere nach der *geglückten* Wiedervereinigung und dem wirtschaftlichen Aufstieg zum Export-Kaiser sich massiv verändert hat, an Gewicht zugelegt hat und mit größter Aufmerksamkeit und auch zunehmender Bewunderung wie Ambivalenz beobachtet wird. Nicht ohne Grund, denn das wirtschaftliche Potential ist außerordentlich hoch, die Interessen am Weltmarkt der Güter, Dienstleistungen und Ideen daher massiv. Auch im Sicherheitsdiskurs folgt der wirtschaftlichen Macht der Ruf nach strategischer Positionierung. Meine These ist, dass das Credo der deutschen Auslandskulturpolitik, ja sein Mantra, der gegenwärtigen Situation Deutschlands in der globalen und europäischen Politik nicht mehr gerecht werden kann, und dass zu wenig

Anstrengungen sichtbar werden, das Verhältnis von autonomer Kulturarbeit und den Interessen Deutschlands neu zu bestimmen. Eine Ausnahme könnte die *Europäisierung* des Diskurses bilden, in der das *europäischste* Kulturinstitut, Goethe, eine nicht geringe Rolle spielen könnte und sollte, ja auch begonnen hat sie neu zu denken. Dazu später.

Die Rolle Deutschlands in Europa / international ist – entgegen kulturellem Selbstverständnis – durchaus konfliktreich

Hier nur die bekannten Stichworte zu Beginn: Griechenland, Austeritätspolitik und die schwäbische Hausfrau, Sozial- und Wirtschaftsunion statt Union des Finanzkapitals, Dieselskandal und die Erbsünde deutscher *Wertarbeit*, Waffenexporte an dubiose Käufer*innen, *Bayer* kauft *Monsanto*, Export-Import-Bilanzen und Überschüsse bei gleichzeitig teils unterentwickelten Strukturen in deutscher Lohn- und Sozialpolitik beziehungsweise Infrastruktur und vor allem die hegemoniale Rolle in Europa, die es nicht nur kleinen *anderen*, sondern auch den größeren unter den Partnerländern schwer macht, sich als gleichwertige Partner zu sehen. Immer wieder blitzen besonders explosive Fragen auf, wie etwa das Sonderverhältnis zu Russland beziehungsweise zu den Energiemonopolen Russlands, und den *deals* wie *North-Stream*, die etwa von Polen als massive Verletzung eigener und ukrainischer Interessen gesehen wird. Zuletzt kam dann noch die Diskussion um die Flüchtlingskrise 2015 hinzu beziehungsweise die Forderung nach quotierter *Lastenverteilung* als Ergebnis einer Politik, die besonders im östlichen Nachbarland-Gürtel als nicht-kommunikativ und erratisch wahrgenommen wurde.

Dazu gehört als systemischer Antipode die *Idealisierung* von Kanzlerin Merkel und die ihr zugeschriebene Rolle als Lenkerin im Sturm, als europäische Lichtgestalt wie globale Verteidigerin europäischer Interessen.

Beide Seiten dieser Medaille zusammengenommen deuten ein Konfliktpanorama an, das noch gar nicht ausreichend verstanden ist, beziehungsweise dessen Bearbeitung noch keinesfalls wahrnehmbar eingesetzt hat.

Nun, wie hängt das mit dem »Deutschlandbild im Ausland« zusammen, das ja die Speisekarte der Kulturmittler prägnant prägt? Ich nehme an, dass es im Herzen der Institute dazu Strategiepapier gibt und vertrauliche Diskussionen in Berlin. Man kennt die deutsche Unterstützung griechischer Künstler und Kulturmanager*innen: die Kasseler *documenta 14*, »Von Athen Lernen« war ein Leuchtturmprojekt, an dem das *GI* seinen Anteil hatte. Umweltfragen und -konflikte spielen eine große Rolle in der Kulturarbeit, kritische Intellektuelle wie Kritiker*innen der Monopolisierung waren gefragt und die *In-Wert-Setzung* von natürlichen Ressourcen, die Rolle der *Märkte* und vieles mehr belebten das Programm vieler *Goethe-Institute* auf aller Welt. Spezielle »Flüchtlingsprogramme« wurden diskutiert, aufgelegt und gefördert und so weiter und so weiter.

Dennoch wage ich die These, dass die Reaktionen auf das veränderte Bild Deutschlands nicht ausreichen, zu sehr im Konkreten sich erschöpfen, verstreuen

ten *ad-hoc* Aktionen ähneln, misst man sie am Bedarf einer großen Auseinandersetzung mit der Realität der Rolle und Politik Deutschlands und den Fremdwahrnehmungen und Zuschreibungen. Nun mag es ja gut sein, dass ein direkteres Reagieren der Kulturmittler taktisch unklug und strategisch falsch wäre, dass das, was nicht von *unten* kommt, aus der breiten Welt der Kulturschaffenden und des kritischen Publikums, nicht *top-down* aus München oder Stuttgart verordnet werden sollte. Und dass das, was nicht von oben kommt, bei dieser Gemengelage zu gefährlich wäre. Dass es klüger ist, Freiraum zu schaffen, um sich im Einzelnen mit den Phänomenen auseinanderzusetzen.

Ich denke aber, dass die neue Lage der Interessen, die neuen Konflikte, die veränderte Rolle Deutschlands zu wichtig sind, um nicht zu einer breiten kultur- und außenkulturpolitischen Diskussion zu führen. Pragmatismus hilft hier nur bedingt. Meint man es ernst mit der Bedeutung von Kultur, Kunst, Bildung, Diskurs, Kritik, müssen die Konflikte offen angesprochen werden und strategisch verortet werden. Dazu müssen die besten Kreativen und Denker*innen eingeladen werden, damit der Anspruch eingelöst wird, der das *Goethe-Institut* angesichts noch viel schwierigerer Ausgangsbedingungen nach dem 2. Weltkrieg so groß gemacht hat.

Interessen und Konflikte umfassend und klug schöpferisch zu bearbeiten, macht die politische Kultur eines Landes aus - nach innen und nach außen.

(Auswärtige) Kulturpolitik muss die *imperiale* Lebensweise im *globalen Norden* thematisieren.

Ich beziehe mich hier auf die Publikation »Imperiale Lebensweise«, von Ulrich Brand und Markus Wissen, auch um zu argumentieren, dass sich die beschriebenen Dilemmata keineswegs nur deutscher Politik und Kulturpolitik stellen. Gesellschaften aller *entwickelten* Staaten (v. a. des Nordens, aber auch einiger Schwellenländer) sehen sich konfrontiert mit den Grenzen der »imperialen Lebensweise« beziehungsweise mit ihrem Preis im globalen Kontext.

Hegemoniale Politik im Norden, auch der *EU*, wird in diesem Buch beschrieben als der »Versuch, einen Wohlstand, der auch auf Kosten anderer entsteht, gegen die Teilhabeansprüche eben dieser anderen zu verteidigen ... (als) logische Konsequenz einer Lebensweise, die darauf beruht, sich weltweit Natur und Arbeitskraft zunutze zu machen und die dabei anfallenden sozialen und ökologischen Kosten zu externalisieren.« (Brand/Wissen 2017: 12) Die Autoren versuchen zu zeigen, wie wir uns »zu Tode siegen«, beziehungsweise suchen nach Alternativen, sind dabei aber noch sehr skeptisch. Einschlägige Ansätze seien »nicht nur viel zu zögerlich, sondern lassen auch den Problemkern der multiplen Krise, den wir in der imperialen Lebensweise sehen, unangetastet«.

Hier nähern wir uns dem kulturpolitischen Dilemma. Die Autoren sprechen nämlich vom »Doppelcharakter der imperialen Lebensweise«, dem »strukturellen Zwang und (der) Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten«. Ich extemporiere: In der Kultur, und symbolisch am höchsten angereichert in der Kunst, geht es gerade um Erweiterung von Denk-, Imaginations- und Handlungsmöglichkei-

ten. Nie zuvor haben Menschen in so großer Zahl davon Gebrauch machen können. Gleichzeitig leben sie am Rande (»am Kippunkt des Anthropozäns«) einer »multiplen Krise des globalen Entwicklungsmodells«, wie die Autoren am Beispiel der Umwelt und der Finanzkrisen zu demonstrieren versuchen.

Deutschland ist vielleicht prototypisch für das hegemoniale Modell modernen, zum Teil auch *grünen* Kapitalismus, und ist selbst in der Kritik dieses *Erfolgsmodells* in Richtung »Wertewandel hin zur Nachhaltigkeit« vielleicht an vorderster Front, allerdings, glaubt man den Autoren, gefangen in den Zwängen des »kapitalistischen« Systems, das die »große Transformation« (Polanyi) verhindert.

Es mag hilfreich sein, sich etwas ausführlicher mit dem Buch von Ulrich Brand und Markus Wissen zu beschäftigen, weil man in ihren Überlegungen einen schwierigen, aber wesentlichen Beitrag zur Debatte über *Kultur(-Arbeit) und Interessen* sehen kann. Wäre es nicht Zeit, dass sich einer der fortschrittlichsten Akteure im Bereich der Auslandskulturpolitik, das *Goethe-Institut*, gemeinsam mit Partner*innen im globalen Norden und Süden, systematisch und multidisziplinär den großen Fragen der Transformation widmet, im Wissen, dass »Hegemonie nicht mit Zwang gleichzusetzen ist, sondern auch auf Konsens beruht«?

Das Vertrackte am Hegemonialen der »imperialen Lebensweise« ist ja, dass sie »breit akzeptiert, sozio-ökonomisch und politisch-institutionell abgesichert und in den Alltagspraxen der Menschen tief verankert« (ebd.: 56) ist, also *kulturell* eingebettet, könnte man sagen. Ich meine daher auch, dass *jedes europäische Kulturinstitut*, insbesondere aber ein deutsches Institut, heute die machtvolle Bedeutung von *Interessen* im Verhältnis zur *autonomen Kulturarbeit* gar nicht mehr (nur) national diskutieren, verstehen und verändern kann, sondern nur kooperativ im Verbund mit Partnern im globalen Norden und Süden.

Damit böte sich auch ein Ausweg aus der scheinbaren Sackgasse an, dass Interessenskonflikte und Kulturarbeit als nicht mehr bearbeitbar gelten. Hier liegt auch der Verweis auf die notwendige Europäisierung der Debatte schon sehr nahe.

Die Rede von der Europäisierung Auswärtiger Kulturpolitik liegt zwischen Halbherzigkeit und dem *aufgeklärten* Standpunkt des nationalen Interesses.

Lassen wir mal den gewählten Begründungszusammenhang beiseite, mit dem versucht wurde, die Europäisierung des kulturaußenpolitischen Diskurses auch als Lösungsansatz für die neuen Dilemmata von Interessenspolitik und autonomer Kulturarbeit zu untersuchen. Wenden wir uns der praktischeren Entwicklung zu, die in den letzten Jahren eingesetzt hat, und bei der das *Goethe-Institut* und andere, zum Beispiel auch *ifa*, zunehmend wichtige Funktionen übernommen haben.

Vorbereitet durch Untersuchungsarbeiten und *advocacy* (finanziert bezeichnender Weise von nicht-staatlichen Akteuren wie Stiftungen) hat sich ein breiter Prozess entfaltet, die Chancen einer europäischen Kulturaußenpolitik und ihre Grenzen auszuloten. Dabei spielten europäische Interessensträger eine Rolle, wie das *Europäische Parlament*, die *Kommission* und schließlich auch der *Rat* beziehungsweise auch der *Auswärtige Dienst* unter der Hohen Repräsentantin Mogherini. Und auf der anderen Seite waren auch die Mitgliedsstaaten und ihre Mittler, in

bemerkenswerter Ambivalenz, sowie nicht-staatliche Akteur*innen, vor allem Stiftungen, weniger allerdings die Vertretungen der Kulturschaffenden auf europäischer Ebene, nämlich ihre *Netzwerke* von Bedeutung. Hier ist nicht der Raum für Details, jedenfalls gibt es mittlerweile im Rahmen der eingeschränkten Kulturkompetenz der *EU* politische Dokumente, Prozesse und Ressourcen, die gemeinsames europäisches Nachdenken und Handeln im Bereich *culture in external relations* ermöglichen. Treiber waren auch – und bald an vorderer Front – das *Goethe-Institut*, das sowohl in *EUNIC*, dem Netzwerk europäischer nationaler Auslandskultur-Institutionen, aktiv mitgestaltet, als auch, und im Bereich der *advocacy* sehr erfolgreich, im Rahmen von *MORE EUROPE*, einer kleinen Gruppe von halb-staatlichen und nicht-staatlichen Partner*innen. Diese Melange zeitigt erste praktische Ergebnisse, und weitere größere Investitionen sind zu erwarten.

Hier interessiert die Frage, welche Interessen deutsche Mittler und dahinter deutsche politische Institutionen verfolgen. Dabei stößt man doch auf ein bestimmtes Maß an Widersprüchen.

Das *Goethe Institut*, schon von der Satzung her ein Institut mit europäischem Format und Mission, hat sich *de-facto* in *EUNIC* mit – nach Beobachter*innen von außen – mittlerer Begeisterung und einigen, gemessen an den Möglichkeiten und dem Bedarf aber doch relativ bescheidenen Ressourcen engagiert, zum Beispiel zur Ermöglichung von *EUNIC-Cluster* Zusammenarbeit in bestimmten Drittländern. Des Weiteren hat es in *MORE EUROPE* investiert, dem es auch Heimstatt in seinem Brüsseler Büro geboten hat; und schließlich hat es sich deutlich und mit einigem Erfolg zum ersten Mal um europäische Dienstleistungsaufträge bemüht, und scheint daran interessiert, hier noch weiter zu gehen, in Analogie zu einem bis dato auf diesem Feld wesentlich aktiveren und erfolgreichen Partner, dem *British Council*, dessen Zukunft in der *EU*-Kooperation durch die Brexit-Entwicklungen unsicherer denn je ist.

Insgesamt könnte man von zwei Tendenzen sprechen: von einem vorsichtig-engagierten und kontrollierenden Abwarten bei gleichzeitiger Abwehr von quasi-staatlichen europäischen Vorstößen, und von einem gewachsenen Appetit angesichts des zunehmenden Kuchens aus der *EU*-Institutionen-Bäckerei. Widersprüchlich ist das Befördern und Betreiben von etwas, das man gleichzeitig einhegen will, und widersprüchlich ist im Grundsatz, dass sich der nationale Duktus mit seiner bewährten Formelwelt von der Autonomie der Kulturarbeit zwar der neuen *europäisierten* Interessenslage stellt, aber halbherzig und bedingt.

Strategie zugunsten eines großzügigen europäischen Projekts kann ich das noch nicht nennen, weder institutionell noch ideell-politisch. Ich orte eher ein Auseinanderklaffen von europäischer Rhetorik und dem Verweis auf das »aufgeklärt-nationale« Mandat des Instituts; im Effekt bleibt *Goethe* deutsch, beziehungsweise bestimmt im Rahmen seiner an sich sehr offenen Politik selbst, mit welchen internationalen Partner*innen es jeweils vor Ort welche Kooperationen vereinbart.

Es kann sein, dass dies die Auftragslage ist (*top-down*), ist ja deutsches Steuer-geld. Es kann sein, dass es (*bottom-up*) institutionellen Gewohnheiten besser ent-spricht (nur keine großen Veränderungen!). Es kann sein, dass man vor den (zu-gegebenermaßen schwierigen) administrativen Problemen der Kooperation mit einer Reihe von sehr unterschiedlichen Partner*innen mit ganz anderen Manage-mentkulturen zurückschreckt. Es kann sein, dass es der Führungskultur der gegen-wärtigen Riege nicht entspricht, Trans-Nationales in bedeutenderem Ausmaß zu wagen. Jedenfalls bleibt der Eindruck der systematischen (wenn auch sympathi-schen) Halbheit. Problematischer ist, im Licht des vorher Gesagten zumal, die mangelnde inhaltliche Auseinandersetzung mit der Zukunft von Kulturaußen-politik in einem Europa, dessen Rolle in der Welt immer wichtiger, ja lebensnot-wendiger wird. Oder anders gesagt: Der neue und gefährliche Konflikt zwischen veränderten Interessenslagen und Kulturarbeit, die noch unter den alten Ge-schäftsbedingungen operiert, ein Konflikt, den Deutschland mit anderen – wenn auch mit unterschiedlichen Facetten und Gewichtung – teilt, wird weder in Deutschland selbst, innerhalb der Arbeit seiner Mittler oder im Diskurs mit der Öffentlichkeit, bearbeitet, noch dort, wo er hingehört, nämlich in der europäi-schen Arena.

Wege in die Zukunft

Es wäre vermessen, hier Lösungen der Dilemmata oder konkrete Handlungsvor-schläge anzubieten, ebenso wie es fruchtlos-detailversessen wäre, hier Taktiken im Rahmen von *EUNIC* oder im Geschäftsverkehr mit *Kommission* und *Auswärtig-em Dienst* zu diskutieren.

Ein Szenario ist in der Tat, dass sich am Stand der Dinge nicht viel ändert, nicht wegen der Beharrungskraft des Faktischen, sondern auch, weil die Herausfor-derungen an neue Auswärtige Kulturpolitik komplex oder über-komplex wären, ebenso wie in der *richtigen Politik*; *soft-power-politics* würden dann die Schwierigkei-ten von *hard-power-politics* widerspiegeln. Die Welt ist chaotisch, unberechenbar und gefährlich, alte Muster der Konfliktbearbeitung funktionieren nur noch eingeschränkt, neue Mechanismen haben sich noch nicht erfolgreich angeboten. Agieren heißt so, den ökonomischen Handlungsspielraum zu erhalten, die »im-periale Lebensweise« zu verteidigen, und zu versuchen, die Kosten abzumildern, etwa durch vorsichtige Ökologisierung des Kapitalismus und durch ein luxurie-rendes Mehr an kultureller Begleitung dieser Prozesse.

Konkurrenz und Interessenspolitik bleiben damit wichtiger als Kooperation, das würde dann auch erklären, warum sich dieses Prinzip auch in der Kulturpoli-tik (in Europa und global) symbolisch wiederholt.

Ein anderes Szenario beschreibe die stetige Zunahme und Verdichtung von europäisch-internationalen kreativen Prozessen im Bereich *culture in external rela-tions*, wobei eine Vielzahl von Erfahrungen mit Inhalten und Methoden entstünde, Vertrauen wüchse in die Machbarkeit von europäischer Kooperation mit interna-

tionalen Partner*innen, mit all den notwendigen Widersprüchen, und schließlich auch ein überschießender Gewinn sich einstellte im Sinne von neuem Wissen, neuen Diskursformen, neuer Lösungskapazität für die Herausforderungen der globalen Krisen. Pilotprojekte und neue Formen des Anstiftens und Leitens solcher Prozesse wären das *sine-qua-non*. Ein deutlich erhöhter Mitteleinsatz könnte von den nationalen (halb-)staatlichen Akteur*innen, der EU und privaten Partnern kommen.

Wesentlich wäre, dass die Projekte sich ganz weit von Repräsentationskultur und Unilateralität wegbewegten hin zu gemeinsamer kulturell-künstlerisch-diskursiver Arbeit an den Widersprüchen des Systems und der hegemonialen Lebensweisen und der Arbeit an möglichen Lösungen.

Ein vielleicht wünschenswertes, aber vielleicht noch utopisches Szenario würde mit der grundsätzlichen, offenen und kooperativen Debatte über (deutsche und europäische) Interessen einerseits und autonomer Kulturarbeit andererseits beginnen, zum Beispiel in Deutschland, zum Beispiel auf Initiative des *Goethe-Instituts*, und auf einer politisch-sozialen-wirtschaftsanalytischen wie kulturell-intellektuellen Bühne einsetzen. Einige der wesentlichen Konflikte und Widersprüche müssten in einem Dialog der Hauptakteure benannt werden und der kreative Sektor würde eingeladen werden, dazu Projekte und Prozesse zu entwickeln, die letztlich auch die Auftraggeber*innen tendenziell verändern würden. Als Probierstein könnte man sich ein europäisches Kulturinstitut vorstellen, zusätzlich zu den 27 nationalen, die einen bestimmten Prozentsatz ihres Budgets und ihres Personals einbrächten, und einige Pilot-Institute europäischen Charakters in ausgewählten Regionen (von Dringlichkeit). Dabei würden nicht nur nationale Konflikte zwischen Markt-Interessen und Kultur verhandelbar werden, sondern vor allem europäische und die Rahmenbedingungen einer Reform der Politik (und Kulturpolitik) der EU.

Die erste Bilanz könnte dann beim Kulturpolitischen Bundeskongress der *Kulturpolitischen Gesellschaft* und der *Bundeszentrale für politische Bildung* 2027 vorgestellt werden. Soweit zur humoristischen Seite der Utopie.

Literatur

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München: Oekom (3. Auflage)

